

Eine militärische Eroberung - oder eher eine militärische Blockade - Taiwans wäre zwar, bei Entfesselung aller Kräfte, auch jetzt noch durchführbar gewesen, doch hätte sich Beijing dann all seiner Modernisierungsmöglichkeiten beraubt. "Rückeroberung Taiwans oder Modernisierung" - so etwa lautete, zugespitzt, von nun an die Alternative Beijings. Jetzt noch für eine militärische Option zu plädieren, wäre um so törichter gewesen, als Taiwan ja durchaus Bereitschaft erkennen ließ, in einem sich modernisierenden China am Aufbauprozeß teilzunehmen, so daß es bei geschickter Verwertung des taiwanesischen Investitionspotentials nun plötzlich nicht mehr "Taiwan *oder* Modernisierung", sondern "Taiwan *plus* Modernisierung" heißen konnte. War es also nicht empfehlenswert, Taiwan noch mehr zu umwerben und seine Wirtschaft zu Investitionen und zum Technologietransfer in Richtung Festland zu veranlassen!?

Die achtziger Jahre sollten hier in der Tat den Schlußstein ins Gewölbe setzen.

VI.

Die achtziger Jahre: Demokratisierung, Taiwanisierung und Aufstieg zum "Kleinen Wirtschaftstiger"

Nach den außenpolitischen Aufregungen und Verwerfungen der siebziger Jahre konnte sich Taiwan im neuen Jahrzehnt endlich wieder ganz den heimischen Problemen widmen. In den Mittelpunkt rückten nun zwei Fragen, die die Führung vier Jahrzehnte lang vor sich hergeschoben oder einfach verdrängt hatte, nämlich Demokratisierung und Taiwanisierung: Demokratisierung, weil sich die Gesellschaft inzwischen in aller Stille gewandelt hatte und partizipativer geworden war, Taiwanisierung, weil die Festländer, die das Inselexil immer nur als Durchgangsstadium betrachtet hatten, entweder bereits gestorben oder aber inzwischen an den Rand des Geschehens abgedrängt worden waren.

Wirtschaftlich rückte Taiwan in diesen Jahren näher an die Spitze der westlichen Industrieländer heran, und in der Wiedervereinigungsdiskussion brach ein "Festlandsfieber" aus, das sich erst mit dem Beijinger Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 wieder abzukühlen begann.

1 Reformzeit auf Taiwan

a) Ursachen des Demokratisierungsprozesses

Mehrere Bewegungsursachen waren es, die den Demokratisierungsprozeß auf Taiwan in Marsch gesetzt haben. Auf die Gefahr hin, willkürlich einzelne Determinanten überzubetonen, seien hier die Stichworte "wachsender Wohlstand", "höhere Ausbildung", "dichter werdende Massenkommunikation", "Urbanisierung" und "Aufkommen neuer Schichten" - also Differenzierung anstelle der alten Einheitlichkeit - sowie "Wertewandel" genannt.

All dies waren Aspekte eines bereits in den sechziger Jahren spontan angelaufenen Modernisierungsprozesses. Der Begriff "Modernisierung" mag in der westlichen Soziologie wegen seiner Unschärfe zwar umstritten sein, doch nahm er im Entwicklungsvokabular sowohl Taiwans als auch der VR China einen so zentralen Stellen-

wert ein, daß er schlicht nicht übergangen werden darf. Gemeint war ein planmäßig beschleunigter Umbau der traditionellen Agrar- in eine hochentwickelte Industriegesellschaft, die wiederum den Grundstock für jenes "Fuqiang" ("Wohlhabenheit und Stärke") abgeben sollte, wie es schon vom traditionellen China angestrebt worden war. Gefragt war eine erhöhte Anpassungs- und Steuerungsfähigkeit, ein arbeitsteiliges Industrie- und Dienstleistungs- und eine überpersonalistische, d.h. nicht nur auf überschaubare Personenkreise beschränkte, anonyme Sozialpolitik. Nicht wünschbar, aber in Kauf zu nehmen erschienen den Entscheidungsträgern Bürokratismus und zunehmende Verstädterung, während andererseits Demokratisierung und Pluralisierung als gefährliche - und daher tunlichst zu bekämpfende - Modalitäten des Modernisierungsprozesses galten. Hatte die "aufgeklärte" Wirtschaftspolitik, wie sie bisher so erfolgreich "von oben her" gesteuert worden war, etwa nicht zu überzeugenden Ergebnissen geführt!? Wozu bedurfte es da noch der Mitbestimmung, die am Ende alle Male auf Anarchie hinauslief!? Auch ökologische Rücksichtnahmen erschienen lange Zeit als Luxus und kamen erst spät ins Bewußtsein sowohl der Öffentlichkeit als auch der Regierenden.

Gerade in den drei Belangen Demokratisierung, Pluralisierung und Ökologie mußten sowohl die RCh als auch die VRCh schmerzliche Lernprozesse durchlaufen, die beiderseits der Taiwanstraße zu verschiedenen Ergebnissen führten: Während Taiwan dem "Geist der Zeit" seit 1986 nolens volens nachgab und die Schleusen der Demokratisierungsflut öffnete, suchte die Beijinger Führung das Rad der Geschichte zurückzudrehen und nahm u.a. das Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 in Kauf.

Diese unterschiedliche Reaktion war freilich nicht nur ideologisch bedingt, sondern hatte auch etwas mit dem Reifezustand der beiden Gesellschaften zu tun, der auf Taiwan wesentlich weiter vorangeschritten war.

b) Innere Antriebskräfte der Demokratisierung

Da war *erstens* ein beträchtlicher Wohlstand vorhanden. Der Demokratisierungsprozeß in Taiwan bestätigte die alte Erfahrung, daß Volksherrschaft und Wohlhabenheit Zwillinge sind. Zwar schafft das milde Klima wirtschaftlicher Prosperität für sich allein noch keine Partizipationskultur, doch hat andererseits auf magerem Boden noch nie eine Demokratie gedeihen können. Wenn Taiwan in den achtziger Jahren Bilanz zog, konnte es stolze Erfolge vorzei-

gen: 1989 war die Insel mit ihrem Pro-Kopf-BSP auf Platz 25 der Weltrangliste vorgerückt, nahm unter den Außenhandelsnationen Rang Nr.13 ein und lag mit 6.053 US\$ in Asien nur noch hinter Brunei und Japan sowie zweien der "Vier Kleinen Tiger" zurück, nämlich hinter Hongkong (9.600) und Singapur (8.782), hatte aber andererseits gegenüber Südkorea (4.040) einen beträchtlichen Vorsprung. Außerdem lieferte der 10.Vierjahresplan (1990/93) die ermutigende Prognose, daß das Pro-Kopf-BSP am Ende die magische 10.000-\$-Grenze durchstoßen könne. Auch hatte Taiwan zu diesem Zeitpunkt die weltweit höchsten *Devisenbestände* angelegt und war überdies mit einer Sparleistung von real 30,5% des BSP (im Zeitraum 1970-79) Sparweltmeister geworden (vgl. Bundesrepublik: 18,5%). Kein Wunder, daß das Land als Kreditnehmer längst einen erstklassigen Ruf genoß. Arbeitslosigkeit war auf Taiwan fast ein Fremdwort. Überdies war die durchschnittliche Lebenserwartung 1987 bei Männern auf 71, bei Frauen auf 76 Jahre gestiegen.

Ein zweites wichtiges Antriebsmoment für die überall aufkommenden Partizipationserwartungen war das hohe *Ausbildungsniveau* der Bevölkerung.

Drittens hatte sich auf Taiwan ein dichtgeknüpftes *Massenkommunikationssystem* entwickelt, dessen täglicher Einfluß verändernd wirkte. Drei Fernsehsender, 33 Rundfunkanstalten mit 186 Sendestationen und eine der höchsten Leserdichten der Welt (dazu unten 1.c) sorgten für wachsende Meinungsvielfalt und für eine immer kritischer werdende Öffentlichkeit. Die Medien waren m.a.W. ähnlich wie in Europa und in den USA inzwischen zur Vierten Macht - oder, im Lande der Fünf-Gewalten-Verfassung, zur Sechsten Macht geworden.

Viertens hatte die *Urbanisierung* inzwischen von weiten Bevölkerungsteilen Besitz ergriffen. Die wichtigsten Begleiterscheinungen dieser Entwicklung waren neben der rein quantitativen Zusammenballung großer Menschenmassen die Polarisierung von privater und öffentlicher Sphäre, das Vordringen nichtlandwirtschaftlicher Arbeit, die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte, die Reduzierung der (beisammenlebenden) Verwandtschaft auf eine Zwei-Generationen-Kernfamilie, eine zunehmend rationaler werdende Lebenshaltung, wachsende soziale Mobilität und die Heraufkunft neuer sozialer Schichten, wie es sie in dieser Form früher nicht gegeben hatte.

Vor allem die Verstädterung war eine neue Erscheinung in der taiwanesischen Geschichte; sogar während der japanischen Kolonialzeit hatte sie kaum eine Rolle gespielt. Selbst Taipei war damals eine Kleinstadt mit nur rund 90.000 Einwohnern geblieben. Taiwanische "Normalität" war bis in die sechziger Jahre hinein noch das Dorf, wie es in seinen Grundelemente vielerorts auch heute noch weiter besteht, und wie es im Rahmen anthropologischer Feldforschung häufig genug beschrieben worden ist. Zur Illustration sei hier das Kurzportrait eines "typisch kleinen Dorfes in Südtaiwan" namens Xiao Xinying nachgezeichnet, wie es sich 1961 darstellte: 22 km vor den Stadtmauern Tainans in der Jianan-Ebene gelegen, beherbergte es 282 Haushalte mit insgesamt 1.991 Einwohnern - pro Haushalt also durchschnittlich 7,1 Personen. Umgeben war das Dorf von Bambushainen, die seit Jahrhunderten als Schutzwall gegen unwillkommene Gäste gedient hatten. Am Ost- und Westende standen jeweils zwei mächtige Pinien, die als göttliche Wächterbäume verehrt wurden. Das Westende des Dorfes wurde durch einen daoistischen Tempel abgeschlossen, dessen Hauptfest am 15. Tag des 7. Mondes stattfand, und um den herum sich seit Jahrhunderten das Leben der Gemeinde gruppierte.

Zu Beginn der sechziger Jahre waren die Einwohner des Dorfes noch nach Clan-Gruppen angesiedelt. Die Li-Familien stellten den Löwenanteil von 95 Haushalten (= 33% des gesamten Dorfes) und wohnten im Nordosten des Dorfes, während die Huangs im Süden, die Tangs im Westen, die Lins im Osten und die Wus im Nordwesten ihre Anwesen hatten. Fast sämtliche Dorfbewohner waren in der Landwirtschaft tätig und bearbeiteten insgesamt 326,4 ha Ackerland, von denen 305,8 ha von den Eigentümern selbst bestellt und 20,6 ha verpachtet wurden. Da somit jeder Haushalt durchschnittlich nur 1,16 ha Ackerland zur Verfügung hatte, konnte niemand ohne einen Nebenerwerb zurechtkommen - meist in Form von Schweine- und Geflügelzucht, von Obst- und Gemüse- sowie von Pharmaziepflanzen-Anbau. Nach der Größe des Ackerlandes bestimmte sich nicht nur das soziale Ansehen des Eigentümers, sondern auch der Steuersatz. Sekundär- und Tertiärberufe waren nur schwach vertreten; Im Zentrum des Dorfes gab es drei Lebensmittel- und drei Friseurläden, eine (traditionelle) Apotheke, einen Getränk Laden und zwei Obstverkaufsstände. Diese Einrichtungen waren beliebte Treffpunkte für die Dörfler - und gleichzeitig eine Art Nachrichtenbörse. An Industriebetrieben gab es lediglich eine kleine Sojasoßenfabrik.

Die Ausbildung der Dörfler war 1961 noch recht bescheiden, lag aber andererseits schon weit über dem Niveau der Japan- oder gar der Qing-Periode. Die meisten der 1.331 Dorfbewohner über dem Schulalter hatten eine Volksschulbildung - 635 an der Zahl (= 47,7%); zweitstärkste Gruppe waren die Analphabeten, die immerhin 550 Personen (= 41,3%) ausmachten; sodann folgten die Besucher Unterer Mittelschulen (105 = 7,9%), Oberer Mittelschulen (= 3,1%) und schließlich vier Personen mit Universitätsausbildung. Die 41,3% Analphabeten rekrutierten sich zu 16,7% aus Männern und zu 25% aus Frauen.

Da der bäuerliche Beruf als wenig erstrebenswert galt, suchten die Dörfler, wo immer möglich, ihren Kindern eine Ausbildung angedeihen zu lassen, die den Einstieg in nichtbäuerliche Berufe ermöglichen sollte. Heiraten fanden im allgemeinen auf gleicher sozialer Ebene statt. Die Tochter eines armen Bauern mußte also schon über außerordentliche Qualitäten verfügen, wenn sie den Sohn eines wohlhabenderen Mitdörflers ehelichen wollte; normalerweise hatte sie sich entweder an Heiratskandidaten aus den ärmeren Dorfschichten zu halten oder aber sich mit einem Handwerker, Soldaten oder subalternen Beamten zufriedenzugeben. In den sechziger Jahren gab es zwar keine "Tongyangxi", d.h. keine Kindsbräute mehr, wohl aber war es nach wie vor üblich, Mädchen schon im zartesten Kindesalter der Familie des künftigen Ehemanns anzuvertrauen. Ehen wurden fast ausnahmslos noch von den Eltern arrangiert, waren für die Brauteltern extrem kostspielig und wurden nur selten geschieden. Das Familienoberhaupt und der älteste Sohn waren die beiden wichtigsten Familienmitglieder, da sie gemäß alter Sitte den Auftrag hatten, den Familienstamm fortzusetzen und vor allem die Ahnenopfer darzubringen.

Die Ehepartner stammten in alter Zeit zumeist aus dem Dorf selbst oder waren aus der Umgebung angeheiratet. Zwischen 1945 und 1960 beispielsweise waren nach Xiao Xinying 264 Bräute aus sieben Kreisen und zwölf Städten "importiert" und im Gegenzug 155 "exportiert" worden, wobei sich das Austauschgebiet manchmal bis hinauf nach Nordtaiwan erstreckte. Als Wunschkinderzahl wurden von nahezu allen Familien zwei Jungen und ein Mädchen genannt, wobei die alte Vorstellung, daß "Jungen allemal besser sind als Mädchen", vorherrschend geblieben war.

Das Xiao Xinying der frühen sechziger Jahre spiegelte m.a.W. eine typisch vorindustrielle Gesellschaft wider, die durch Einheit von Familie und Betrieb, Arbeits- und Lebensraum, fehlende Arbeitsteilung, bäuerlich-handwerkliche Monokultur, geographische Abgeschlossenheit und Beschränkung der Kommunikation auf die Dorfgemeinschaft gekennzeichnet war.

Allerdings befanden sich die Strukturen schon damals in Auflösung. Vor allem das Pendlertum, der Besuch von Schulen im nahegelegenen Tainan, der Ausbau der Verkehrswege und der Sog der Großstädte Taibei und Gaoxiong, begannen sich bemerkbar zu machen und sorgten dafür, daß Xiao Xinying genauso wie andere taiwanesischen Dörfer schon wenige Jahrzehnte später ein anderes Gesicht hatte, wobei wiederum der Einfluß des Fernsehens, das wachsende Ausbildungsangebot und nicht zuletzt die Zunahme der Dorfindustrie als Antriebskräfte dienten.

Die Idylle der Dörfer wurde seit den siebziger Jahren durch die beunruhigende Dynamik des Städtewachstums abgelöst: Im Juli 1989 durchstieß die Bevölkerung Taiwans die 20-Millionen-Marke und hatte sich damit seit 1958, also innerhalb von nur 31 Jahren, verdoppelt. Angesichts ihrer Raumenge wurde die Insel dadurch zu einem der weltweit dichtbevölkertsten Gebiete. Sieht man einmal von Stadtstaaten wie Hongkong (5.455 Personen pro qkm i.J. 1987) und Singapur (4.475) ab, so war Taiwan mit 550 Personen pro qkm i.J. 1987 gleich hinter Bangladesch zum zweitdichtest bevölkerten Land der Welt geworden - gefolgt von Südkorea (433), Puerto Rico (362), den Niederlanden (360) und Japan (330). Taiwan war inzwischen mehr als doppelt so dicht besiedelt wie die Bundesrepublik (246). Vor allem das politische und kulturelle Zentrum der Insel, Taibei, hatte sich im Zeitraum von nur fünf Jahrzehnten zu einer Großstadt entwickelt, die 1987 die 2,6-Millionen-Grenze überschritt. Während allerdings in den meisten südostasiatischen Staaten die Metropolen ein Vielfaches an Einwohnern gegenüber der nächstgrößeren Stadt aufweisen (so z.B. Bangkok im Verhältnis zu Chiangmai etwa 30:1 oder Manila zu Davao rund 9:1), waren auf Taiwan wesentlich "gesündere" Proportionen erhalten geblieben. Die nach Taibei größte Stadt, Gaoxiong, hatte beispielsweise 1987 immerhin noch die Hälfte der Einwohnerschaft Taibeis, nämlich 1,3 Millionen, Taizhong 715.000, Tainan 657.000 und Jilong 349.000. Obwohl ferner Taibei, den zentralistischen Traditionen chinesischer Regierungspraxis folgend, die unumstrittene Nr. Eins geworden war, und zwar nicht nur als politische Metropole, sondern auch

als kulturelles Zentrum und als Heimat der meisten Universitäten und Hochschulen, hatten sich neben ihm doch auch andere Zentren erhalten können: In Gaoxiong schlug z.B. das industrielle Herz des Landes; außerdem befand sich hier der größte Hafen und das bedeutendste Exportzentrum der Insel; Tainan, die älteste Stadt Taiwans, hatte seine Bedeutung als landwirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des Südens, und Taizhong seine Position als Hauptumschlagplatz sowie als touristisches Eingangstor zur Hochgebirgswelt behalten können.

Im Gegensatz auch zu den südostasiatischen Metropolen hatte in den Städten Taiwans eine echte Urbanisierung stattgefunden, d.h., die Städte konnten kraft ihrer Industrialisierung sowie ihres hochentwickelten Tertiärsektors die Einwanderer sozial eingliedern und sie sowohl infrastrukturell als auch erzieherisch versorgen. Trotz ihres Wachstumstempos entwickelten sich Städte wie Taibei oder Gaoxiong nicht zu Riesenslums mit Wolkenkratzerinsprengeln und nicht zu einer Mischung von Elend und Gigantismus, sondern zu soliden Gemeinden, deren Rhythmus zwar jahrelang von einem Bauchaos ohnegleichen gekennzeichnet war, die aber andererseits doch auch all ihren Einwohnern und Zuwanderern Arbeit verschaffen und Unterkunft gewähren konnten. Keine Rede also von Pseudourbanisierung! Ursächlich für diese integrative Kraft waren nicht zuletzt die zahllosen Hinterhofbetriebe, die für Taiwan so typisch, und die das Ergebnis einer hochgradig arbeitsteiligen und arbeitsintensiven chinesischen Wirtschaftsmentalität sind. Anders als in Südostasien oder Lateinamerika entfalteten sich z.B. sogar an den Stadträndern, die zumeist das Ziel ländlicher Zuwanderer waren, dicht miteinander verwobene Kleinindustrie- und Kleinkommerzbetriebe, die sich zumeist mit minimalen Geschäftsgewinnen begnügten und sich arbeitsteilig aufeinander abstimmten. Der Zehn- oder Zwölfstundentag war hier eher die Regel als die Ausnahme. Notfalls arbeitete man, wenn die Auftragslage es erforderte, auch schon einmal eine ganze Nacht durch. Lediglich an Chinesisch-Neujahr oder an anderen Hauptfeiertagen, wie dem Qingming (Allerseelen) oder dem Mittherbstfest, gönnte man sich einige arbeitsfreie - und ganz dem gemeinsamen Tafeln gewidmete - Stunden. Tarifliche Arbeitszeitregelungen oder Arbeitskämpfe hätten hier keinen Ansatzpunkt gefunden.

Nirgends auf der Welt auch gab es in den sechziger und siebziger Jahren soviel Baustellen und eine so staubige Luft! Allein zwischen 1976 und 1980 verdoppelte sich das Raumvolumen Taibeis in den

Bereichen Büro-, Hotel- und Wohnungsbau. Zehnstöckige Häuser wuchsen oft direkt aus Wiesen heraus, während die dazwischenliegenden Lücken von Wellblechbauten und notdürftig zusammengemauerten Hütten ausgefüllt blieben, wie sie in Taipei bis in die sechziger Jahre hinein für ganze Stadtteile charakteristisch gewesen waren.

In der Soziologie besteht ein Streit darüber, ob die Urbanisierung generell mehr durch das natürliche Wachstum der Stadtbevölkerung selbst oder aber eher durch Zuwanderung von außen in Bewegung kommt. Im Falle Taiwans spricht alles für die zweite Alternative. Über die Hälfte des Taiabeier Bevölkerungswachstums im Zeitraum 1968-1973 beispielsweise rekrutierte sich aus Zuzüglern und weitere 30% aus dem Nachwuchs von Zuwanderern. Die Altaibeier Bevölkerung vermehrte sich im gleichen Zeitraum lediglich um 18%. Erst Ende der siebziger Jahre begann der Zustrom vom Lande langsam wieder zu versiegen. Nunmehr ließen sich die Zuwanderer vor allem an der Stadtperipherie nieder. Für Taipei läßt sich ferner eindeutig nachweisen, daß die Zuwanderung mehr durch "Pull"- als durch "Push"-Faktoren ausgelöst wurde, und daß die Neubürger deshalb selten Schwierigkeiten hatten, sich ins städtische Leben einzugliedern. Nicht selten bezogen die Zuwanderer auch schon bald nach ihrer Umsiedlung ein höheres Einkommen als die Alteingesessenen - eine Folge ihrer höheren Einsatzbereitschaft.

Trotz solcher Eingliederungserfolge gab es aber auch einige dunkle Flecken: Da war einmal ein West-Ost-Gefälle, das topographische Gründe hatte: Während alle fünf Großstädte in der fruchtbaren Westebene lagen, gab es an der steilen Ostküste nur drei Ansiedlungen städtischen Charakters, nämlich Yilan, Hualian und Taidong, in denen Ende der achtziger Jahre lediglich ein Zwanzigstel der Einwohnerschaft Taiwans lebte, und die den westlichen Städten weder wirtschaftlich noch technologisch das Wasser reichen konnten, in denen sich zum Ausgleich dafür aber das Leben - und der Straßenverkehr! - weitaus weniger hektisch abspielte. Der neue Staatspräsident Li Denghui erklärte die Entwicklung der Ostküste zu einem der vorrangigen Ziele seiner Amtszeit. Zum anderen gab es Flächendisproportionen zwischen den 16 Kreisen der Provinz Taiwan, die ebenfalls topographisch bedingt waren. Während der Kreis Hualian z.B. 4.628 qkm umfaßte, waren es bei den Pescadores nur 127 qkm.

Trotz solcher Schönheitsfehler konnte Taiwan mit seiner Urbanisierungspolitik der Dritten Welt durchaus Modell stehen. Wenn beispielsweise im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern auf der Insel eine insgesamt nur geringe Landflucht stattfand, so war dies in allererster Linie der Bodenreform zu verdanken, die u.a. solide Grundlagen für eine dörfliche Industrialisierung geschaffen und damit lebensfähige und lebenswerte Dörfer ermöglicht hatte, zum zweiten aber auch der gelungenen infrastrukturellen Anbindung der Dörfer an die industriellen Zentren. Dem so kleinräumigen Taiwan ist allerdings das Pendlertum zwischen Dörfern und Städten geradezu auf den Leib geschrieben - ein nur den wenigsten Drittweltländern eigener Vorteil, der freilich durch erhöhte Anfälligkeit z.B. für Umweltverschmutzungen schnell wieder verlorengehen kann.

In den so explosionsartig gewachsenen Städten Taiwans begannen sich schon früh "moderne" Phänomene auszubreiten, vor allem die Segmentierung der Gesellschaft, die zur Herauslösung einzelner Personengruppen aus gewachsenen Gemeinschaften führte. Während das traditionelle Dorf in Taiwan - man denke an das oben beschriebene Xiao Xinying - noch ganz im Banne der Clangesellschaft gestanden hatte, wo jeder seinen genau definierten Platz einnahm, begannen mit zunehmender Industrialisierung und mit dem schnellen Wachstum des Tertiärsektors die für moderne Gesellschaften charakteristischen Absonderungs- und Vereinsamungsprobleme, die Individualität ermöglichten, auf der anderen Seite aber auch die Kriminalität anwachsen ließen: Anfang 1982 beispielsweise war Taipei mit seiner Kriminalstatistik weltweit an die siebte Stelle gerückt, wobei Diebstahlsdelikte und Banküberfälle einen besonders traurigen Rekord erreichten.

Durch die Demokratisierungsbrille gesehen, hatte die "Vereinzelung" freilich auch ihre positiven Seiten, insofern sie das Bedürfnis nach eigenen politischen Vorstellungen, nach Kritik überkommener Mißstände und nach mehr Mitbestimmung aufkommen ließ.

Fünftens waren es *neue soziale Schichten*, die frischen Wind in die politische Szene brachten. In der statischen agrar-feudalistischen Gesellschaftsordnung Chinas hatte es lediglich vier Stände gegeben, nämlich das Literaten-Beamtentum, die Bauernschaft, die Handwerker und die Kaufleute. Diese starre Einteilung war in dem von Pionierfamilien erschlossenen Taiwan zwar nie so rigoros verbind-

lich geworden wie im konservativen Nordchina; doch hatte sie sich zumindest am Ende der Qing-Zeit ansatzweise herausentwickelt. Was von diesen historischen Resten noch übrig geblieben war, wurde im Zeichen des emsigen Wachstums der Sekundär- und Tertiärberufe spätestens während der siebziger Jahre überlagert und verdrängt. Es entstand eine neue ehrgeizige Mittelschicht, zu der, wenn man einmal die objektiven Merkmale der Berufszugehörigkeit, des Einkommens und des Bildungsstands anlegt, die Eigentümer kleiner und mittlerer Unternehmen, die Betriebsleiter mittlerer und großer Firmen sowie Staatsbeamte und Universitätsprofessoren gehörten, und der sich, wenn man außerdem eher subjektive Zugehörigkeitskriterien wie Fachwissen und technische Fertigkeiten gelten läßt, auch Angestellte von Privatunternehmen, Facharbeiter, Offiziere, mittlere Beamte und Lehrer zurechnen durften.

Daneben entstand noch eine Oberschicht, die sich gleichfalls eher nach subjektiven Kriterien rekrutierte, sei es nun nach gesellschaftlichem Ansehen oder aber nach Selbsteinschätzung: Man denke an Inhaber und Manager großer Firmen, an Spitzenpolitiker sowie an Personen, die sich durch ihre Beziehungen oder ganz einfach durch die Exklusivität ihrer Behausung und ihrer Verbrauchsgewohnheiten aus der Menge hervorzutaten. Ein Angehöriger des alten Mandarinate hätte sicher die Nase gerümpft, wäre er gewissen Repräsentanten dieser modernen Oberschicht begegnet, doch hätte er andererseits ganz gewiß auch nicht mit deren Dynamik konkurrieren können und vermutlich auch nicht wollen.

Im großen und ganzen waren es die Angehörigen der neuen Mittelschicht, die auf Taiwan zunehmend den Ton bestimmten. Anders als in Japan oder in Korea, wo in Form der Sogo Soshas und der Chaebols nur eine winzige Zahl von Superunternehmen das wirtschaftliche Geschehen bestimmten, waren es auf Taiwan die vielen tausend Klein- und Mittelunternehmen, die sich als Leistungsträger in den Vordergrund schoben und schon bald für Wohl und Wehe der Inselwirtschaft maßgebend wurden. Diese Entwicklung hing mit der bemerkenswerten "Laoban-Gesinnung" zusammen, die ein Hauptbestandteil des taiwanesischen Wertesystems ist, und die es den Angestellten von Großunternehmen oder von Regierungsämtern ratsam erscheinen läßt, möglichst bald nach Vollendung ihrer Lehrzeit einen *eigenen* Betrieb zu eröffnen und so ihr eigener Herr, also ein "Laoban" ("Boß") zu werden. Während in Japan (oder Südkorea) der "Salary-Man" und die "Anstellung auf Lebenszeit" zu

festen Bestandteilen der modernen Arbeitsplatzphilosophie geworden sind, und während es in diesen Ländern nach wie vor auch als ungeschicklich - weil illoyal - gilt, in Konkurrenz zum früheren Brotgeber zu treten, hat sich in Taiwan eine ziemlich ungenierte Personalabwanderungsgesinnung entwickeln können. "Lieber der Schnabel des Huhns als der Schwanz des Ochsen" (ning wei jikou, bu wei niuhou) lautet ein bekanntes Sprichwort.

In krassem Gegensatz zu diesen schnellen Veränderungen des objektiven Gesellschaftsgefüges blieb die subjektive Einstellung stark traditionsverhaftet: So konnte sich z.B. weder ein neues Klassen-("Klasse für sich") noch ein Mittelschichtbewußtsein im Sinne eines "Wir"-Gefühls herausentwickeln. Von einigen Fremdimporten wie Lions Club, Rotary etc. abgesehen, kamen bezeichnenderweise kaum horizontal gegliederte Sozial- und Berufsvereinigungen zustande, während andererseits Gruppen mit vertikalem Aufbau wie eh und je beliebt - und vorherrschend waren. Selbst die neuen Genossenschaften auf den Dörfern und die Gewerkschaften im Industriebereich funktionierten nur dort, wo Guanxi vorhanden waren, d.h. jenes Netzwerk persönlicher Bekanntschaften, dem die hierarchische Anordnung ebenso selbstverständlich ist wie das Bedürfnis nach "Harmonisierung". Nicht das Gegeneinander (in Form von Streiks oder gar Klassenkampf), sondern das Miteinander (im Rahmen einer erweiterten Familiengemeinschaft) galt auch jetzt noch als Idealzustand.

So kam es, daß die taiwanesische Gesellschaft lange Zeit nicht zum großen Schmelztiegel wurde, sondern ein nach überschaubaren Personengruppen aufgegliedertes Gebilde blieb, in dem jede Zelle einem strengen Hierarchieschema gehorchte und sich teilweise sogar selbst als "Fraktion" (pai) bezeichnete, wobei solche "pai" entweder familiär oder aber landsmannschaftlich bestimmt sein konnten: So bildeten sich beispielsweise in den von Anonymität bedrohten Großstädten Taibei und Gaoxiong lokale Gruppierungen wie die "Jiayi"- oder die "Zhanghua"-Fraktion heraus, denen "Landsleute" aus diesen Herkunftsorten gern beitraten, weil sie sich dort sozial zu Hause fühlen konnten. Die personell - und nicht etwa sachlich motivierte "Fraktionierung" machte bezeichnenderweise nicht einmal vor den drei überkommenen politischen Parteien halt, so daß es dort regelmäßig zu einem für die moderne taiwanesische Gesellschaft typischen Dauerkonflikt zwischen Sachzwängen und Loyalitätsbindungen kam.

Die GMD hatte die in solchen Konstellationen liegenden Gefahren - und Chancen - seit langem erkannt und versucht, innerhalb ihrer formalen Strukturen die Mitglieder auch persönlich einzubinden, ja sie zu klientelisieren - ein Versuch, der zu den wachsenden Taiwanisierungs- und Demokratisierungsforderungen immer stärker in Konflikt geriet. Bildlich gesprochen gab es hier lange Zeit ein Tauziehen zwischen dem alten und dem neuen China, das erst seit den außenpolitischen Krisen der siebziger Jahre leichte Bodengewinne zugunsten der "Moderne" erkennen ließ. Ausschlaggebend bei dieser Neuorientierung waren - wie sollte es auch anders sein!? - die Klein- und Mittelunternehmer. Anders als die Großbetriebe, die im Falle einer politischen Gefährdung Taiwans ihr Kapital schnell ins Ausland schaffen konnten, wollten sie, die zum Bleiben verurteilt sein würden, sicher gehen, daß über ihre Köpfe hinweg kein Interessen-Ausverkauf stattfand, daß also z.B. die GMD in Verfolgung ihrer Wiedervereinigungsvorstellungen die Insel nicht eines Tages dem Festland auslieferte. Vor allem nach 1971, als Taiwans Schicksal nur noch an einem seidenen Faden zu hängen schien, hatten solche Eigeninteressen verstärktes Gewicht erhalten.

Die Gründung eigener Artikulationsorgane, seien es nun Zeitungen, Kammern oder aber Alternativparteien, lag seitdem in der Luft. Da jedoch formelle Oppositionsgruppierungen einstweilen noch verboten blieben, bahnte sich das Leben seinen eigenen Weg und schuf Institutionen, die sich schlicht "Dangwai" ("außerhalb der Partei") nannten.

Die Dangwai-Bewegung brach mit elementarer Wucht hervor und trug mit dazu bei, daß das Parteienverbot, die Pressezensur und die Privilegien der GMD immer mehr hinterfragt - und am Ende aufgehoben wurden. Außerdem gelang es den Dangwai-Sponsoren, eine Bürgerinitiative nach der anderen ins Leben zu rufen und damit eine ganz neue Öffentlichkeit zu schaffen, die ihrerseits zum Forum eines rasch anwachsenden demokratischen Potentials wurde.

Ein *sechstes* Element, das zur Herausbildung einer neuer Partizipationskultur beitrug, war der *Wertewandel* in der taiwanesischen Gesellschaft. Im Schmelzkessel der modernen Industriekultur begannen sich traditionelle Vorstellungen mit den ganz anders gearteten Regeln westlicher Provenienz zu vermengen - und dabei an Einfluß zu verlieren.

Was die Einstellung des einzelnen zur Gesamtgesellschaft anbelangt, so war die konfuzianische Ordnung beispielsweise durch Einordnung des Individuums in die Gemeinschaft, durch Gehorsam gegenüber Vorgesetzten, Älteren und Männern, durch Sehnsucht nach Stabilität, durch Bejahung klarer Hierarchien sowie durch das Vorherrschen von Guanxi gekennzeichnet, während andererseits die Industriegesellschaft eher Individualismus und Selbstbehauptung, Ablehnung von Autorität, Traditionsdistanz, Konfliktbereitschaft, Gleichheitsvorstellungen und Sachlichkeit (im ursprünglichen Sinn des Wortes) verlangte.

Ferner hatte in der alten Gesellschaft die *Vergangenheit* die Verhaltensmaßstäbe geliefert, während die Kategorie der *Zukunft* so gut wie unentdeckt geblieben war. Geschichte galt als ewige Wiederkehr des Gleichen. Die "Vergangenheit" wurde durch fromme Beachtung überlieferter Sittenregeln und durch Ahnenverehrung geheiligt. Kinder galten als Stammhalter und als Garanten für die Fortsetzung der Clanlinie und des Ahnenkults.

Je mehr sich Taiwan aber industrialisierte, um so unerbittlicher hielten rationales Denken, Zukunftsplanung und die Idee des "Fortschritts" Einzug. Die ewige Wiederkehr des Gleichen wurde nunmehr spontan abgelehnt; man bejahte statt dessen den Wandel und stellte Erwartungen an die Zukunft. Der einzelne begann sich als Schmied seines Glücks zu fühlen, empfand Abhängigkeiten als lästig und wußte mit Ahnenverehrung kaum noch etwas anzufangen, obgleich er andererseits das schöne alte Ritual, vor allem an Mondneujahr oder am Mittherbstfest, nicht missen wollte - ähnlich wie ein modernes westliches Ehepaar gern kirchlich getraut sein möchte, auch wenn es sonst nie zur Kirche geht.

Der Zusammenprall verschiedener Wertvorstellungen führte nicht nur zu Konflikten zwischen den Generationen, sondern auch zu Brüchen und Verwerfungen im individuellen Selbstverständnis, denen auch die Kulturerneuerungsbewegung der sechziger Jahre nicht hatte abhelfen können - im Gegenteil. Gleichzeitig konnte die taiwanesischen Gesellschaft jedoch von Glück reden, daß die *wirtschaftlichen Traditionen* von diesen Verwerfungen kaum berührt wurden; ging doch "der" Chinese mit einer Werteausstattung ins industrielle Rennen, wie sie kaum wirtschaftsfreundlicher hätte sein können. Ein Vergleich mit hinduistischen oder malayo-islamischen Traditionen zeigt auf Anhieb, wieviel besser die Angehörigen der

nachkonfuzianischen Welt dastehen. Einzelheiten zu diesem Fragenbereich sind unter dem Stichwort "Metakonfuzianismus" (weiter unten VII.1.b) zu referieren.

Für das Verständnis des Demokratisierungsprozesses sind auch jene Wandlungen hilfreich, die sich im *Ehe- und Familien-Kontext* einstellten. Eine Langzeitstudie des Missionars Albert O'Hara macht deutlich, wie sehr sich die Einstellungen taiwanesischer Jugendlicher bereits zwischen 1956 und 1973 geändert hatten. Waren die Befragten, um hier ein Beispiel zu nennen, 1956 lediglich zu 87% dafür eingetreten, den künftigen Ehegatten selbst aussuchen zu dürfen, so waren es 1966 94% und 1973 bereits 100%. Noch 1956 hatten sich ferner sämtliche Informanten gegen voreheliche Sexualbeziehungen ausgesprochen, 1973 dagegen waren es nur noch 45%. Im Hinblick auf die Größe der "Idealfamilie" hatten 1956 die meisten für vier Kinder, 1966 für drei und 1973 für nur noch zwei Kinder plädiert. Was schließlich das (bis vor wenigen Jahrzehnten noch so selbstverständliche) dauernde Zusammenleben von Eltern und Kindern anbelangt, so hatten sich 1956 noch 41% dafür ausgesprochen, 1966 20%, 1973 gar nur noch 8%!

Auch mit der "sanften Unterwerfung" der Frau unter den Willen des Mannes war es nicht mehr weit her. Umfragen aus dem Jahre 1990 zeigten beispielsweise, daß sich die jüngeren Bewohnerinnen Taipeis kaum noch von gleichaltrigen Frauen westlicher Industrieländer unterschieden - um so stärker dagegen von ihren Großmüttern. Der Einstellungswandel trat auf dramatische Weise auch anhand der Scheidungsraten zutage, die in den wenigen Jahren zwischen 1976 und 1990 den weltweit höchsten Zuwachs erreichten, indem sie von 0,36 per Tausend Ehepaaren im Jahre 1968/69 auf 5,5 p.m. im Jahre 1990 stiegen. In 95% aller Fälle waren es männliche Seitensprünge, die von den Frauen früher als beinahe naturgegeben hingenommen worden waren, die jetzt aber offensichtlich als so kränkend empfunden wurden, daß die selbstbewußt gewordene Durchschnittstädterin sie nicht mehr akzeptieren wollte - und dies, obwohl Alimente und Unterhaltsregelungen in Taiwan immer noch höchst unzulänglich geregelt waren, die Frau also mit beträchtlichen sozialen Rückschlägen rechnen mußte.

Konservative Politiker sprachen in diesem Zusammenhang von einem "Bankrott der Familienmoral auf Taiwan", während die jüngere Generation hier eher eine "Demokratisierung des Fami-

lienlebens" ablesen zu können glaubte. Die Maßstäbe sind bei den Geschlechtern allerdings verschieden. Umfrageergebnissen zufolge erhofft sich die moderne Taiwanerin vom "idealen Mann" Verständnis und Partnerschaft, kaum noch Schutz und Anleitung, während 30% der Männer von einer "Idealfrau" traditionelles Verhalten erwarten, u.a. auch "Gehorsam". Viele Frauen waren in der Zwischenzeit dazu übergegangen, sich in neuen politischen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Parteien zu engagieren. Gern schlossen sie sich auch christlichen Sekten an - und zwar nicht deshalb, weil ihnen nach frommen Werken zumute war, sondern weil sie dort Gleichgesinnte treffen und sich mit ihnen in Sozialprozesse einschalten konnten, sei es nun beim Umweltschutz, bei der Betreuung Obdachloser, bei der Forderung nach Gleichstellung im Berufsleben oder bei Wohltätigkeitsprojekten. Auch die Frauenfrage enthielt also beträchtliches politisches Demokratisierungspotential.

c) *Äußere Anlässe für den Reformprozeß*

Zu Beginn der achtziger Jahre trafen mehrere Entwicklungen zusammen, die in ihrer Synergie neue Denk- und Handlungsanstöße auslösten.

Da war es *erstens* zu einer beklemmenden Eintrübung der politischen Atmosphäre gekommen, die nach einem reinigenden Gewitter verlangte. Vor allem die Beschlüsse des XII.Parteitags der GMD (12.3.-15.4.1981) hatten sich wie Staub über das frische Grün der wirtschaftlichen Erfolge gelegt. Es waren die ständigen außenpolitischen Niederlagen, die Isolation Taiwans nach dem Carter-Coup, aber auch der Zwischenfall von Zhongli und die Meilidao-Affaire, die die alte Garde zu einer Neinsager-Riege hatten werden lassen, der "die ganze Richtung nicht paßte". "Bis hierher und nicht weiter!" - dies etwa war die Botschaft des XII.Parteitags!

Viele Politiker fühlten sich in diesem Milieu nicht mehr zu Hause, unter ihnen Jiang Jingguo. Spätestens seit dem XII.Parteitag mußte er eingesehen haben, daß die GMD und die Sanminzhuyi auf die Dauer nur dann zu retten waren, wenn sich Rückschläge wie die des XII.Parteitags nicht mehr wiederholten, wenn also die Partei endlich einmal Nägel mit Köpfen machte und ohne Wenn und Aber auf Reformkurs ging. Jiang, der zu dieser Zeit bereits an schwerem Diabetes litt und oft tagelang an den Rollstuhl gefesselt war, muß damals das Bedürfnis empfunden haben, über den politischen Alltag hinauszublicken, sein Haus zu ordnen, Weichen für die Zukunft

zu stellen und vor allem geeignete Nachfolger zu bestimmen. In der Tat läßt sich im Nachhinein erkennen, daß er schon kurz nach dem XII. Parteitag damit begann, in aller Stille sein Vermächtnis einzurichten: Einerseits stellte er sicher, daß "dynastische" Mechanismen ausgeschaltet wurden, daß also keines seiner Familienmitglieder nachrücken konnte. Darüber hinaus wollte er aber auch den Geheimdiensten, denen er selbst so viele Jahre lang vorgestanden hatte, keine Schlüsselposition überlassen - offensichtlich hatte er erkannt, wes Geistes Kind die Mitglieder dieses Apparats waren. In diesem Zusammenhang löst sich auch das Rätsel, warum Jiang einen langjährigen Vertrauten, den damals 66jährigen General Wang Sheng, im Mai 1983 seines Postens als Direktor des militärischen Geheimdienstes enthob und ihn als Botschafter nach Uruguay entsandte. Weitere Reviements sorgten dafür, daß auch kein General sich Hoffnungen auf die Nachfolge machen konnte, zumal das Militär in der taiwanesischen Gesellschaft ohnehin noch nie den politischen Ton angegeben hatte.

Blieben als mögliche Kandidaten also nur Mitglieder des engeren GMD- sowie des Regierungsapparats, bei denen Reformen gut aufgehoben schienen.

Zweitens begannen in der Öffentlichkeit immer mehr *Bürgerinitiativen*, *"Soziale Bewegungen"* und *"Selbsthilfe"-Gruppierungen* aufzutreten, deren Anliegen es war, zeitgemäße Fragen "von unten her" zu thematisieren. Bisher hatte es ja stets nur eine - wenn auch fast permanente - "Revolution von oben" gegeben. Selbst "Bürgerinitiativen" waren letztlich verkleidete GMD-Initiativen gewesen. Kein Wunder, daß bestimmte Aspekte wie Umweltschutz, Wohnungsbau und Sozialversicherung, die solange ein Schattendasein gefristet hatten, zum Gegenstand immer ungeduldigerer Bürgerinitiativen wurden. Zwei Begriffe waren jetzt plötzlich in aller Munde, nämlich "zili jiuji" (wörtlich "Selbsthilfe") und "shehui yundong" (wörtl.: "Soziale Bewegungen"). Zur "Selbsthilfe" griffen nun beispielsweise Aktivisten der Ureinwohner (shandiren), der Kejia (Volksgruppe der Hakka), der Kriegsveteranen und der Frauen. Besondere Aufmerksamkeit wußte die 1980 gegründete Verbraucherorganisation auf sich zu ziehen, die sich von Anfang an nicht nur als Sprachrohr, sondern auch als "Think-tank" bei der Lösung grundsätzlicher Probleme profilierte, und die wegen ihrer kommunikativen Effizienz zum Modell der gesamten Selbsthilfebewegung wurde.

Von dem für Taiwan jahrzehntelang so typischen resignativen Zurückweichen der Bevölkerung war kaum noch etwas übriggeblieben. Als Träger der "Selbsthilfe" traten jetzt Bürgerinitiativen hervor, die von Soziologen der Academia Sinica schon bald nach vier Gruppen eingeteilt wurden: Die erste Kategorie widmete sich den neuen sozialen Problemen, seien es nun Verbraucherfragen, Wohnungsnot oder Umweltverschmutzung, die zweite verfolgte politische Ziele und engagierte sich beispielsweise in der Antiatomkraft-, der Behinderten-, der Kriegsveteranen- oder der Hakka-Frage, die dritte, die zumeist von Frauen-, Studenten- und Arbeiterverbänden getragen wurde, zielte auf Veränderung der bestehenden Machtstrukturen ab, und die vierte kümmerte sich um praktische Lösungen am Rande "heikler politischer Fragen", so z.B. um die Betreuung politischer Gefangener oder um die Rückkehr von Taiwanesen, die auf dem Festland lebten.

Die "Sozialen Bewegungen" nahmen seit Mitte der achtziger Jahre Eigendynamik an. Eine der ersten Großdemonstrationen fand am 19. Mai 1986 statt, als gegen den nunmehr genau 38 Jahre alten "Ausnahmestand" protestiert wurde. Weitere Höhepunkte brachte das Jahr 1988, so z.B. die Bauerndemonstration vom 20. Mai 1988, die, erstmals in der Geschichte Taiwans, von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet war. Im August 1989 veranstalteten 20.000 "Schnecken ohne Gehäuse", d.h. Wohnungssuchende in Taipei und Taizhong, ein "Sleep-out", indem sie sich vor den Rathäusern die ganze Nacht über auf die Straße legten und so gegen die exorbitanten Mieten sowie gegen die Wohnungsknappheit protestierten.

Die Regierung, die Unruhen seit Jahrzehnten immer nur mit der Keule statt mit dem Florett bekämpft hatte, kam mit den Bürgerinitiativen anfangs nur mühsam zurecht und zeigte sich rasch geneigt, Demonstranten mit Anarchisten und Querulanten in einen Topf zu werfen und sie als "Störenfriede" sowie Nestbeschmutzer zu verurteilen, womit sie bei Teilen der Bevölkerung durchaus Gehör fand. Andererseits freilich kam es im Zuge der Bürgerinitiativen auch zu einer im großen und ganzen besser funktionierenden Kommunikation zwischen Regierung und Gesellschaft: Die Bürgerbewegungen mußten sich bestimmten Spielregeln, die Behörden aber der Einsicht unterwerfen, daß den Forderungen von unten nicht dauernd nur mit repressiver Toleranz begegnet werden durfte.

Ein dritter Hauptanlaß für politische Reformen waren schließlich die *Vorgänge auf den Philippinen*. Dort hatte sich der Diktator Ferdinand Marcos im Februar 1986 der "People's Power" beugen und der populären Politikerin Corazon Aquino das Präsidentenamt überlassen müssen.

Schon wenige Monate nach diesem Ereignis, das im benachbarten Taiwan mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt wurde, gab der damals bereits totkranke Jiang Jingguo Weisung, Reformen in die Wege zu leiten.

d) Beginn der politischen Reformen

Am 20. Juni 1986 trat auf Geheiß Jiangs ein Zwölfergremium aus Mitgliedern der ZEK der GMD zusammen, um Lösungsvorschläge für sechs heikle Themen zu erarbeiten, die bisher tabu gewesen waren, nämlich (1) die Besetzung der drei Zentralparlamente (sollten die alten Abgeordneten von 1947/48 weiterhin auf ihren Sitzen bleiben *oder* durch Runderneuerungswahlen abgelöst werden?), (2) die lokale Selbstverwaltung (Direktwahl des Provinzgouverneurs sowie der Oberbürgermeister von Taibei und Gaoxiang *oder* Fortsetzung der Ernennungspraxis?), (3) die Staatssicherheit (soll der 1949 ausgerufene Notstand aufgehoben werden *oder* weiter bestehen bleiben?), (4) Organisationsfragen (soll das GMD-Monopol fortgesetzt *oder* sollen Oppositionsparteien zugelassen werden?), (5) die öffentliche Sicherheit (soll das alte Notstandsgesetz bestehen bleiben *oder* ein neues Sicherheitsgesetz erlassen werden?) und (6) die Parteiorganisation (welche Stellung soll die GMD künftig in Staat und Gesellschaft einnehmen?)

Der Öffentlichkeit, die der ständigen Reformversprechen längst überdrüssig war, schienen diese Initiativen keine Fußnote wert zu sein; und doch stellte sich im nachhinein heraus, daß hier nicht mehr und nicht weniger erfolgt war als der Startschuß für den Marsch ins "Demokratische Zeitalter".

Zwei Maßnahmen vor allem sollten der politischen Kultur Taiwans ein neues Profil geben, nämlich die Aufhebung des Ausnahmezustands und die Zulassung von Oppositionsparteien.

Aufhebung des Ausnahmezustands

Am 14. Juli 1987 wurde nach sage und schreibe 38 Jahren der am 19. Mai 1949 über Taiwan verhängte Ausnahmezustand aufgehoben

und damit ein lastender Anachronismus beseitigt. Obwohl es sich hier um eine Maßnahme von historischem Ausmaß handelte, nahm der Mann auf der Straße von dieser Entwicklung kaum Notiz - ein Zeichen übrigens nicht für Apathie, sondern ein Indiz dafür, daß die Obrigkeit mit dem "Kriegsrecht" immer nur sanft zu Werke gegangen war.

Die Regierung ließ es sich allerdings nicht nehmen, gleichzeitig mit der Aufhebung auch einen doppelten Nachsicherungsmechanismus zu schaffen: Zum einen stellte sie klar, daß die "Generalmobilmachung", die 1947 in Nanjing ausgerufen worden war, und die sich in der nun schon häufig zitierten "Interimsbestimmung" niedergeschlagen hatte, nach wie vor weitergelte, zum anderen aber trat an die Stelle des bisherigen Notstandsgesetzes ein am 23. Juni verabschiedetes "Nationales Sicherheitsgesetz für die Periode der Mobilmachung und zur Niederwerfung der Rebellion", das gegenüber dem alten Notstandsgesetz drei wichtige Änderungen brachte: (1) Da wurden einmal die Kontroll- und Zugriffsrechte des Militärs gegenüber der Zivilbevölkerung eingeschränkt. Vor allem waren Zivilpersonen jetzt nicht mehr der Militärgerichtsbarkeit unterworfen. Darüber hinaus wurde den Militärbehörden die Befugnis zur Kontrolle von Ein- und Ausreisen sowie von Publikationen entzogen. Nicht zuletzt aber ging die Zuständigkeit für die Verfolgung politischer Delikte vom Militärgericht der Taiwangarnison auf die zivile Staatsanwaltschaft der Provinz Taiwan über. Ferner wurden (2) politische Straftatbestände, die bisher schwammig formuliert waren, nun deutlicher definiert, und schließlich (3) zahlreiche bisherige Einschränkungen der persönlichen Freiheit aufgehoben. Der Grundrechtskatalog der Verfassung von 1947 trat damit wieder voll in Kraft, allerdings mit einigen Restriktionen, die im § 2 des neuen Sicherheitsgesetzes aufgezählt waren: Danach durften Versammlungen oder Vereinigungen nicht gegen die Verfassung verstoßen, nicht den Kommunismus befürworten und auch nicht zur Spaltung des Landes aufrufen. Mit diesem dreifachen Verbot waren sämtliche Bürger, mit der Spaltungsklausel aber vor allem die Verfechter der Unabhängigkeit Taiwans angesprochen.

Obwohl das neue Gesetz von der Dangwai in Bausch und Bogen verurteilt wurde, war es doch der Ausgangspunkt für eine Reihe liberaler Nachfolgeregelungen, die die Schleusen für eine legale Opposition öffneten.

Die Zulassung von Oppositionsparteien

Grundlegend für den weiteren Demokratisierungsprozeß sollten drei Gesetze werden, die im Januar 1989 vom Gesetzgebungs-Yuan verabschiedet wurden, nämlich (1) ein Gesetz zur Förderung des freiwilligen Rücktritts greiser Parlamentarier mit Hilfe von Abfindungsprämien in Höhe von 3,7 Mio.NT\$, (2) ein Gesetz für die Zulassung neuer Parteien und (3) ein Gesetz zur Aufhebung der bisherigen Wahlkampfeinschränkungen.

Seit 1949 hatte das Dilemma Taipeis gerade darin bestanden, daß die Regierung, um ihren Legitimationsanspruch über *ganz China* aufrechterhalten zu können, jahrzehntelang substantielle Verfassungseinschränkungen diktieren mußte - und zwar nicht nur in Form des permanenten Ausnahmezustandes, sondern auch der "Fortschreibung" von Altparlamentariern, die seit nunmehr vier Jahrzehnten ohne Wiederwahl auf ihren Sitzen "klebten". Zwar würde es nur noch wenige Jahre dauern, ehe sich das Problem auf physische Weise von selbst löste. Inzwischen freilich war die Ungeduld mit den "Nanjing-Mumien" gewachsen, und selbst in der GMD begannen die Fronten zu bröckeln, so daß schließlich ein Gesetz möglich wurde, das den Rücktritt zwar nicht erzwingen, ihn aber mit der attraktiven Ablösungssumme von 3,7 Mio.NT\$ schmackhaft machen sollte; der Gesetzgeber hatte die Rechnung jedoch ohne die Altparlamentarier gemacht, deren Mehrzahl nicht die geringste Lust zum Rücktritt verspüren ließ. So kam es denn auf Betreiben von Oppositionskräften zu einem letzten und definitiven Schritt, nämlich zur Klage vor dem Verfassungsgericht, das am 21.Juni 1990 in einem der wichtigsten Urteile der Geschichte Taiwans eine Neuauslegung jenes so häufig beschworenen Art.28 der Verfassung vornahm, in dem es heißt, daß die "Abgeordneten zur Nationalversammlung alle sechs Jahre zu wählen sind", und daß "die Amtszeit der Abgeordneten jeder Nationalversammlung an dem Tag endet, an dem die nächste Nationalversammlung zusammentritt".

Noch in der Auslegung Nr.31 vom 29.Januar 1954 hatte das Gericht, wie bereits erwähnt, die Meinung vertreten, daß wegen der besonderen politischen Bedingungen, unter denen die Nationalversammlung nach Taiwan habe übersiedeln müssen, eine Neuwahl erst wieder nach Rückkehr aufs Festland stattfinden könne, da ein Urnengang auf der Insel Taiwan nur den Wählerwillen einer einzigen Provinz, nicht dagegen den der gesamten Republik zum Ausdruck bringen könne. Grundlegend anders fiel nun die neue Inter-

pretation (Nr.261) vom 21.6.1990 aus, in der das Verfassungsgericht eine ganz neue Optik wählte und es für rechtens befand, daß alle 1947/48 gewählten Abgeordneten bereits Ende 1991 zurücktreten müßten. Angesichts der Überalterung der Nanjinger Delegierten, aber auch wegen des inzwischen überall um sich greifenden Demokratisierungsprozesses habe sich der gesamte politische Kontext von Grund auf geändert. Es gelte, dem Prinzip des "Rebus sic stantibus" Rechnung zu tragen und nun endlich Rundumerneuerungswahlen (statt der bisherigen Ergänzungs- und Zusatzwahlen) zuzulassen. Dieses Urteil führte zu einer wahrhaft kopernikanischen Wende; lautete doch zu dieser Zeit das Verhältnis zwischen "alten" und "zusätzlich gewählten" Abgeordneten in der Nationalversammlung immer noch auf 612:80 und im Gesetzgebungs-Yuan auf 138:129. Der jüngste Nanjinger Delegierte war bereits 70 Jahre, die Mehrheit weit über 80 Jahre alt.

Damit war die Bahn frei geworden für den Nachwuchs.

Noch wichtiger als das Rücktrittsgesetz war das "Gesetz zur Regelung ziviler Körperschaften einschließlich politischer Parteien" vom 20.1.1989. Diese nach außen hin ganz unscheinbar wirkende Bestimmung brachte nichts weniger als das seit Jahren erhoffte grüne Licht für die Legalisierung von Oppositionsparteien. Drei Voraussetzungen mußte eine solche Partei erfüllen, nämlich sich staatlich registrieren lassen, für die staatliche Einheit eintreten und den Kommunismus bekämpfen.

Als erste Partei ließ sich pflichtschuldigst sogleich die GMD registrieren, indem sie noch im Februar einen entsprechenden Antrag beim Innenministerium stellte. Die größte Oppositionspartei, die sich bereits im September 1986 "am Rande des Gesetzes" konstituiert hatte (und über die unten noch näher zu sprechen ist), stellte ihren Antrag erst an 16.Stelle. Dazwischen schoben sich zahlreiche Splittergruppierungen, deren Zahl schnell anwuchs, bis der Bestand Mitte 1989 bei 35 politischen "Parteien" lag!

Ein dritter Schritt auf dem Weg zu politischen Reformen war die *Aufhebung der Maulkorbbestimmungen* - mit der Folge, daß die Vierte Gewalt nun endlich auch in Taiwan Einzug halten konnte. Die alten Regelungen waren vom Exekutiv-Yuan bereits am 10.Juni 1951 erlassen worden. 37 Jahre lang hatten Zeitungen, die nicht gerade von der Regierung oder der GMD verlegt wurden, drei große Druckbögen (= 12 Seiten) pro Tag nicht überschreiten dürfen.

Außerdem war die Gründung neuer Zeitungen praktisch unmöglich gewesen - ein Verbot, das mit Marktsättigung und Papiermangel begründet wurde, wobei als Rechtsgrundlage wieder einmal die Interimsbestimmung von 1947 hatte herhalten müssen.

Eine Vorzensur hatte es auf Taiwan zwar nie gegeben, doch pflegte die Regierung bis 1987 mit Nachzensuren nicht zimperlich zu sein, wenn Journalisten und Medien beispielsweise eine Trennung Taiwans von China befürworteten, wenn sie am Kommunismus nicht genug Negatives entdecken wollten, oder wenn sie in Verdacht gerieten, ein Risiko für die "nationale Sicherheit" zu sein. Immer wieder waren auf diese Weise Zeitungen und Zeitschriften suspendiert, Journalisten ermahnt und Redaktionen mit Geldstrafen belegt worden.

So kam es, daß bis zur Liberalisierung der Pressepolitik auf der Insel lediglich 31 Zeitungen erscheinen konnten, unter ihnen 7 Regierungs- und 3 GMD-Organen. 16 weitere Zeitungen wurden von privaten Verlegern und der Rest aufgrund von Joint Ventures zwischen privaten Verlegern und Regierungs- oder GMD-Stellen herausgegeben. Die letzte Zeitungslizenz war 1956 vergeben worden.

Als wären bei einem Staudamm plötzlich die Schleusen voll geöffnet worden, veränderte das neue Gesetz die Presselandschaft von einem auf den anderen Tag: Bereits am 1.1.1988 erschienen die meisten großen Tageszeitungen in einem Umfang von bisher undenkbar 24 Druckseiten. Außerdem nahm die Zahl der Tageszeitungen bis 1990 von 31 auf 192 zu. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Presseagenturen auf sage und schreibe 131. Im Gegensatz zur "alten Tante" CNA (*Central News Agency*), die bereits 1924 in Guangzhou gegründet worden war, beschränkten sich die neuentstandenen Miniagenturen zumeist auf Spezialbereiche.

Auch die Themenstellung begann sich jetzt zu ändern. Vor allem "Hintergrundsberichte" über Vorgänge, die bis dahin tabu gewesen waren, gehörten schon bald zu den Selbstverständlichkeiten. 1990 zirkulierten Zeitungen in einer Auflagenhöhe von 5,7 Mio. pro Tag. Hinzu kamen rund 4.000 Zeitschriften.

Trotz der explodierenden Konkurrenz blieben drei seit langem eingefahrene Zeitungen auch jetzt noch an der Spitze, nämlich die von der GMD herausgegebene *Zhongyang ribao* (Central Daily News), ferner *Zhongguo shibao* (China Times), das auflagenstärkste Blatt, und die *Lianhe Bao* (United Daily News).

Ein vierter Liberalisierungsschritt erfolgte mit dem *Versammlungs- und Demonstrationsgesetz* vom Februar 1988. Demonstrationen waren von jetzt an nicht mehr a priori, sondern nur noch dann illegal, wenn sie gegen die Verfassung verstießen, wenn sie den Kommunismus verherrlichten oder wenn sie die Spaltung des Landes - sprich: die "Taiwanisierung" - befürworteten.

Die Besorgnisse der Opposition, daß es aufgrund solch schwammiger Formulierungen erneut zur Schurigelung von Demonstranten kommen könnte, erwies sich im nachhinein als unbegründet, da zwischen dem Erlaß des Gesetzes und Anfang 1990 nicht weniger als 1.835 Demonstrationen ungehindert über die Bühne gehen konnten.

Seit April 1990 wurden von der Opposition noch weitere Reformwünsche aufgestellt, nämlich (1) nach Direktwahl des Staatspräsidenten, (2) nach einer Liberalisierung der Rundfunk- und Fernsehpolitik, (3) nach einer vorgezogenen Pensionierung der parlamentarischen Senioren bis spätestens 1.9.1990, (4) nach einer Aufhebung des nationalen Mobilisierungszustandes, (5) nach allgemeinen parlamentarischen Wahlen noch im Jahre 1990, (6) nach direkter Wahl des Provinzgouverneurs sowie der Bürgermeister von Taipeh und Gaoxiong, (7) nach der Freilassung aller politischen Gefangenen und (8) nach dem Erlaß eines Gesundheitsprogramms bis spätestens 1992.

Ehe die Entstehung der neuen Oppositionsparteien geschildert wird, ist noch auf die Nachfolgekämpfe in der GMD einzugehen.

2 Nachfolgekämpfe

Fraktionsauseinandersetzungen in der GMD: Reforme gegen Reformgegner

Am 31. Januar 1988 starb Staatspräsident Jiang Jingguo. Bereits vier Stunden nach seinem Tod wurde sein Stellvertreter, Vizepräsident Li Denghui, gem. Art. 49 der Verfassung als Amtierender, d.h. treuhänderischer Präsident, vereidigt. Dieser Schritt ging glatt über die Bühne. Umstritten dagegen war bereits Lis zusätzliche Kandidatur für das zweite Amt, das durch den Tod Jiangs vakant geworden war, nämlich den Posten des GMD-Vorsitzenden. In diesem Zusammenhang wurden auch für außenstehende Beobachter tiefe Risse innerhalb der GMD deutlich, wie sie von der Partei bisher